

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

11. Juli 1958

264/A.B.

zu 297/J

Anfragebeantwortung

Auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Neugebauer und Genossen am 25. Juni 1958, betreffend die unterrichtlichen und erzieherischen Schwierigkeiten, die durch die Massnahmen der Pflichtschullehrer im Kampf um die Bildungszulage entstehen, teilt Bundesminister für Unterricht Dr. Drimmel folgendes mit:

Das Anliegen der Pflichtschullehrerschaft auf Flüssigmachung einer sogenannten Bildungszulage, wie sie die Lehrer der Verwendungsgruppe L 1 an den mittleren Lehranstalten bereits erhalten, wird von mir seit jeher vertreten. Bedauerlicherweise konnten infolge der strikten Ablehnung der Bundesländer in der Frage der Bildungszulage keine Fortschritte erzielt werden. Auch in der letzten Budgetdebatte habe ich ein gemeinsames Zusammenwirken des Bundes und der Länder angeregt, damit so das berechtigte Forderungsprogramm der Pflichtschullehrer sukzessive erfüllt werden kann.

Während ich bei den bereits durchgeführten Verhandlungen beim Bundesministerium für Finanzen einen grundsätzlichen Wechsel der Auffassung, und zwar diesmal zugunsten der Forderung der Pflichtschullehrer bemerken konnte, hat sich die Haltung der Bundesländer neuerdings versteift.

Ich habe die von der Pflichtschullehrerschaft ergriffenen Kampf-massnahmen mit grosser Besorgnis zur Kenntnis genommen, hoffe jedoch, dass die auf Grund meiner Bemühungen für 10.7.1958 in Aussicht genommene Vorsprache der Vertreter der Lehrerschaft beim Bundeskanzler, der sie in Gegenwart des Vizekanzlers, des Bundesministers für Finanzen und in meiner Gegenwart empfangen wird, einen entscheidenden Schritt in Richtung einer positiven Erledigung bedeuten wird.

.....